

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:
0006/2016/AN

Antragsteller: GAL/HD P&E, SPD
Antragsdatum: 20.01.2016

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

**Die Verwaltung wird gebeten, über die Arbeit des
Gemeindevollzugsdienstes (GVD) zu berichten.**

Antrag

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 29. Juli 2016

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	18.02.2016	Ö		
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	29.06.2016	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	13.07.2016	N		
Gemeinderat	21.07.2016	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Sitzung des Gemeinderates vom 18.02.2016

Ergebnis: verwiesen in den Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 29.06.2016

Ergebnis: behandelt

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.07.2016

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 21.07.2016

Ergebnis: Antrag wurde behandelt

Antrag Nr.: 0006/2016/AN

Briefkopf des Antragstellers

Fraktionsgemeinschaft
Grün-Alternative Liste Heidelberg
Heidelberg pflegen und erhalten

Judith Marggraf
Hans Martin Mumm
Wassili Lepanto
Michael Pfeiffer

Heidelberg, 20.01.2016

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner beantragen gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg die Aufnahme des Tagesordnungspunktes

Die Verwaltung wird gebeten, über die Arbeit des Gemeindevollzugsdienstes (GVD) zu berichten.

Aus dem Bericht soll hervorgehen, wie viele Mitarbeiter der GVD hat und wie sie in Radarmessgruppe beziehungsweise Überwachung des ruhenden Verkehrs und in welchen Stadtteilen eingesetzt sind.

Weiterhin sollte darüber berichtet werden, nach welchen Kriterien der GVD seine Überwachung durchführt und in welchen Schichten. Zum besseren Verständnis sollten die Einsatzpläne der Monate November - Januar beigefügt sein. Eventuell vorhandene Statistiken bzgl. der Radarmessungen als auch der Überwachung des ruhenden Verkehrs sollten ebenfalls beigefügt sein.

1. Bericht des Oberbürgermeisters
2. Diskussion und Aussprache
3. ggf. Anträge

im öffentlichen Teil der Tagesordnung des nächsten Gemeinderates.

Begründung:

Immer wieder erreichen uns Klagen aus den Stadtteilen über Park- und Geschwindigkeitsverstöße. Wir möchten deshalb wissen, nach welchem System und nach welchen Kriterien der GVD insbesondere in den Stadtteilen eingesetzt wird. Wie werden hot-spots wie Schulen /Schulwege, Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch Veranstaltungshäuser, Sportstätten etc berücksichtigt und eingeplant.

**gezeichnet Fraktionsgemeinschaft GAL/HD P&E,
gezeichnet SPD-Fraktion**